

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1949

Inhalt

Österreichs Wirtschaft an einem neuen Wendepunkt

Rückblick auf das Jahr 1949

Anhaltende Nachkriegskonjunktur — Weiterer Aufschwung der Produktion, fortschreitende Normalisierung der Preisstruktur — Verschärfte Spannung zwischen Preisen und Löhnen, erhöhte Schwierigkeiten im Außenhandel

Aufgaben der Wirtschaftspolitik im Jahre 1950

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Das Kreditvolumen im 3. Quartal 1949 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Zur Ertragslage der österreichischen Viehwirtschaft

Starke Aufstockung infolge günstiger Preisrelationen

Verzerrte Preisrelationen — Auswirkung der Produktionsverschiebungen

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Österreichs Wirtschaft an einem neuen Wendepunkt

Die österreichische Wirtschaft steht an der Jahreswende 1949/50 — ähnlich wie vor zwei Jahren, als das Währungsschutzgesetz einen gewaltigen Aufschwung der Produktion und den Übergang aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft anbahnte — wieder an einem entscheidenden Punkte. Das näher rückende Ende des ERP und damit die Notwendigkeit, nach bloß dreißig Monaten die lebenswichtigen und für einen hohen Beschäftigungsstand unentbehrlichen Importe mit eigenen Leistungen bezahlen zu müssen, zwingen zu einer gründlichen Revision der Wirtschaftspolitik. Hatte man sich bisher fast nur den kurzfristigen *binnenwirtschaftlichen* Problemen gewidmet und — bewußt oder unbewußt — einer weitgehend „autonomen“, mehr auf Selbstgenügsamkeit Bedacht nehmenden Struktur- und Konjunkturpolitik gehuldigt, so müssen in Hinkunft alle Kräfte auf die Lösung der *außenwirtschaftlichen* Probleme konzentriert werden.

Rückblick auf das Jahr 1949

Anhaltende Nachkriegskonjunktur

Während sich in einigen westeuropäischen Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten im Jahre 1949 eine mehr oder minder starke Konjunkturabschwächung abzeichnete, erfreute sich die österreichische Wirtschaft noch einer anhaltenden Nachkriegskonjunktur. Produktion und Beschäftigung,

aber auch Preise und Einkommen erreichten einen neuen Höhepunkt. Der österreichische Markt blieb — abgesehen von saisonbedingten Nachfrageschwankungen und vereinzelt Absatzstockungen — im wesentlichen ein „Verkäufermarkt“, der durch eine hohe Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen aller Art gekennzeichnet war.

Die hohe „effektive“ Nachfrage war hauptsächlich einer Reihe nachkriegsbedingter, psychologischer und technischer Faktoren zu verdanken, die trotz Währungsreform und steigendem Güterangebot wirksam geblieben waren: dem gewaltigen Nachholbedarf an Investitionsgütern, der Notwendigkeit, die stark gelichteten Lager aufzufüllen und wieder friedensmäßig auszurüsten, der relativ hohen Verbrauchsneigung der Konsumenten, die sich nach den Entbehrungen der ersten Nachkriegsjahre endlich wieder sattessen und zumindest den dringendsten Ersatzbedarf an dauerhaften Gebrauchsgütern decken wollten, und nicht zuletzt den auf eine anhaltende Preis- und Mengenkonjunktur gerichteten Erwartungen der Unternehmer.

Daneben spielte zweifellos die relativ große Geldflüssigkeit eine entscheidende Rolle. Da die vom Währungsschutzgesetz vorgeschriebene Geldabschöpfung nicht allzu rigoros durchgeführt worden war und in der Folge durch eine stärkere Kreditexpansion

zusätzliche Kaufkraft in die Wirtschaft gepumpt wurde, betrug die zirkulierende Geldmenge — Notenumlauf, Scheckeinlagen und freie Nationalbank-Giro Guthaben öffentlicher Stellen — bereits zu Beginn des Jahres 1949 wieder rund 11,3 Mrd. S oder etwa fünfmal soviel wie im Jahre 1937, gegenüber rund 12,7 Mrd. S vor dem Währungsschutzgesetz. Berücksichtigt man, daß der Lebenshaltungskostenindex erst das 3,7fache und das allgemeine Preisniveau etwa das 4fache von 1937 erreichten, das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen aber zu Jahresbeginn zweifellos noch kleiner war als vor dem Kriege, so läßt auch dieser grobe Geldmengenvergleich auf eine „übernormale“ Geldversorgung der Wirtschaft schließen.

Im Laufe des Jahres 1949 allerdings wurde das Geld zusehends knapper. Obwohl sich die Kreditexpansion der Kreditinstitute noch verstärkte — in den ersten drei Quartalen des Jahres 1949 wurden rund 2 Mrd. S zusätzliche Kredite gewährt, im gleichen Zeitraum 1948 waren es nur 1,3 Mrd. S —, stieg die zirkulierende Geldmenge dank hohen Schillinglöhnen aus ERP-Lieferungen und dank vorsichtigen Freigaben aus dem ERP-Fonds nur um rund 10%, während sich die Lebenshaltungskosten um fast 25% und das gesamte Güter- und Leistungsvolumen um etwa 10 bis 15% erhöhten. Gleichzeitig verminderten sich die als „potentielles“ Geld zu wertenden Liquiditätsreserven der Kreditinstitute (Nationalbank-Giroguthaben, eskontfähige Schatzscheine), so daß sie nur noch mit Unterstützung der Nationalbank eine stärkere Kreditexpansion betreiben konnten.

Geldverknappung und gleichzeitige Vergrößerung des Warenangebotes haben zweifellos dazu beigetragen, daß der auf vielen Märkten zu Jahresbeginn noch immer vorhandene Nachfrageüberschuß verschwand und Höchstpreisregelung und Bewirtschaftung weiter abgebaut werden konnten. Die Konjunkturlage der österreichischen Wirtschaft wurde jedoch dadurch nicht entscheidend beeinflußt. Die verhältnismäßig leichte Möglichkeit, die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen verursachten Kostenverteuerungen auf die Preise abzuwälzen, sowie die spekulativen Preissteigerungen anlässlich der Wechselkursanpassung sind vielmehr deutliche Symptome für das Weiterbestehen eines „Verkäufermarktes“ und einer vorwiegend expansiven Grundtendenz der Wirtschaft.

Weiterer Aufschwung der Produktion, fortschreitende Normalisierung der Preisstruktur

Die anhaltend hohe Nachfrage hat die Normalisierung der österreichischen Wirtschaft in zweifacher Weise entscheidend gefördert; sie schuf

einmal günstige Absatzmöglichkeiten für eine weiter steigende Produktion und sicherte damit gleichzeitig eine weitgehende Ausnützung der verfügbaren Produktionskräfte. Zum andern ermöglichte sie eine verhältnismäßig reibungslose Berichtigung der durch Subventionen und amtliche Preisbindungen verzerrten Preis- und Lohnrelationen auf expansivem Wege, das heißt im Zuge einer allgemeinen Aufwärtsentwicklung des Preisniveaus.

Die *Industrie*produktion hatte schon Ende 1948 annähernd den Vorkriegsstand erreicht. Dennoch bestanden vielfach noch unausgenützte Kapazitätsreserven, die nicht mangels rentabler Absatzmöglichkeiten, sondern vorwiegend infolge Rohstoff- und Energieengpässen unausgenutzt geblieben waren. Dank einer verstärkten Rohstoffeinfuhr (vor allem im Rahmen des ERP), einer ausreichenden Energieversorgung und nicht zuletzt dank dem allmählichen „Reifen“ der relativ hohen Investitionen der ersten Nachkriegsjahre, gelang es, im Jahre 1949 auch günstige technische Voraussetzungen für einen weiteren Aufschwung der Industrieproduktion zu schaffen. Da gleichzeitig die starke Nachfrage den Absatz sicherte, konnte der Index der Industrieproduktion von 100% im vierten Quartal 1948 auf 123% im dritten Quartal 1949 und die industrielle Produktivität von 71% auf 81% gesteigert werden (1937 = 100). Im einzelnen allerdings war die Produktionssteigerung sehr verschieden. Während die Produktion im Bergbau, in den Metallhütten und in der Fahrzeugindustrie überdurchschnittlich gesteigert werden konnte, blieb sie in der Elektroindustrie, in der Tabakindustrie sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie weitgehend stabil. Kennzeichnend für die Konjunkturlage ist, daß die vom Durchschnitt abweichende Produktionsentwicklung einzelner Zweige nur teilweise auf verschieden gelagerte Nachfragebedingungen, zu einem erheblichen Teil jedoch noch immer auf Unterschieden in den technischen Produktionsbedingungen beruhte. Vereinzelt Absatzstockungen konnten im allgemeinen verhältnismäßig leicht durch Umstellung der Produktionsprogramme oder durch Preisnachlässe überbrückt werden. Als zumindest teilweise konjunkturelles Symptom muß auch der weiterhin beachtliche Abstand zwischen dem Produktionsniveau der Produktionsmittel- und jenem der Konsumgüterindustrien gewertet werden, der sich auch im Jahre 1949 nur wenig verminderte.

Noch deutlicher war das Vorherrschen des Verkäufermarktes und damit die einseitige Abhängigkeit der Produktionsentwicklung von technischen und natürlichen Produktionsbedingungen in der

Landwirtschaft. Nach vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik wurden dank günstigen Witterungsbedingungen und einer verstärkten Kunstdünger-Verwendung im Jahre 1949 um 30% mehr Brotgetreide, um 34% mehr Futtergetreide, um 8% mehr Kartoffeln und um 38% mehr Zuckerrüben geerntet als im Vorjahre. Die Futterernte (Futterrüben, Grünfutter und Heu) war sogar größer als im fünfjährigen Vorkriegsdurchschnitt. Da sich auch die tierische Produktion erhöht hat — wobei nicht nur die effektiven Schlachtungen, sondern auch die qualitative und quantitative Aufstockung der Viehbestände zu berücksichtigen sind —, dürfte die gesamte landwirtschaftliche Produktion um rund 25% höher gewesen sein als im Vorjahr und mindestens 70% der Vorkriegsproduktion erreicht haben.

Im *Verkehr* dürfte dagegen der Höhepunkt der Nachkriegskonjunktur bereits erreicht oder überschritten sein. Die bisher im Vergleich zum Gütervolumen stark überhöhte Nachfrage nach Transportraum zeigte nicht zuletzt infolge der Gütertarifreform der Bundesbahnen — die Gütertarife der Bundesbahnen wurden im dritten Preis-Lohn-Abkommen um durchschnittlich 76,3% und die Personentarife je nach der Entfernung bis zu 57% erhöht — eine deutliche Stabilisierungstendenz. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1949 wurden im Güterverkehr 104% und im Personenverkehr 103% des Vorjahres, das sind 147% und 138% des Jahres 1937 erreicht. Einen stärkeren Aufschwung nahm der Omnibuslinienverkehr, der von der Abwanderung der Transportnachfrage von der Schiene auf die Straße profitierte.

Die günstige Entwicklung der Produktion findet auch in den *Beschäftigtenzahlen* ihren Niederschlag. Die Gesamtzahl der Krankenversicherten betrug in den ersten 11 Monaten des Jahres 1949 rund 1.913.000, gegenüber 1.901.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der überwiegende Teil der zusätzlich Beschäftigten wurde von der Industrie aufgenommen, während die Landwirtschaft durch Landflucht weitere Arbeitskräfte verlor. Gleichzeitig mit dem Steigen des Beschäftigtenstandes ist allerdings auch die Arbeitslosigkeit gestiegen, da neue Arbeitskräfte, besonders Frauen, dem Arbeitsmarkt zuströmten und diese trotz günstiger Produktionsentwicklung nicht voll absorbiert werden konnten. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1949 waren durchschnittlich 96.492 Stellensuchende vorgemerkt (davon 87.383 „verfügbar“) gegen 51.084 im Vorjahr. Eine stark ausgeprägte saisonbedingte Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten ist hauptsächlich auf den großen Anteil der Bauarbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten zurückzuführen.

Die relativ hohe Geldflüssigkeit und die expansive Grundtendenz der Wirtschaft gestatteten es, das *Preis- und Lohngefüge* ohne wesentliche Friktionen im Zuge einer Aufwärtsentwicklung des Preis- und Lohnniveaus zu normalisieren. So konnten im dritten Preis-Lohn-Abkommen vom Mai 1949 durch gleichzeitige Lohn-, Steuer- und Tarifierhöhungen die noch bestehenden Subventionen für pflanzliche Nahrungsmittel und für Kohle aufgehoben und das Gleichgewicht im Staatshaushalt gesichert werden, ohne daß die günstige Entwicklung der Produktion und des Beschäftigtenstandes beeinträchtigt wurde. Auch die Mitte November erfolgte Kursanpassung hat bisher trotz bedeutenden Importpreiserhöhungen, vor allem der im Rahmen des ERP eingeführten Güter, vorläufig keine depressiven Wirkungen ausgelöst.

Verschärfte Spannung zwischen Preisen und Löhnen, erhöhte Schwierigkeiten im Außenhandel

Neben den Vorteilen der durch eine relativ hohe Geldflüssigkeit stimulierten Nachkriegskonjunktur müssen jedoch auch ihre Nachteile im Auge behalten werden: eine verstärkte Spannung zwischen Preisen und Löhnen sowie erhöhte Schwierigkeiten im Außenhandel.

Die Normalisierung der Preisstruktur war auf expansivem Wege nur bei einer zunehmenden Diskrepanz zwischen offiziellen Preisen und Löhnen möglich. Während sich die *Lebenshaltungskosten* von Mitte Dezember 1948 bis Mitte Dezember 1949 um fast 25% verteuerten (von 432,7 auf 535,5; April 1945 = 100), stiegen die *Arbeiter-Nettolöhne* nur um 11% (von 376,5 auf 418,3). Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und dem Tariflohnindex erhöhte sich von 15% im Dezember 1948 auf 28% im Dezember 1949.

Aus dem vergrößerten Abstände zwischen Lebenshaltungskostenindex zu offiziellen Preisen und Lohnindex darf allerdings nicht geschlossen werden, daß sich der *durchschnittliche Reallohn* im Jahre 1949 im gleichen Ausmaß, also um 10% verschlechtert hätte. Diese Annahme ist schon deshalb unzutreffend, weil die Preise auf dem Schwarzen Markt im Laufe des Jahres stark gesunken sind (der Preisindex für Nahrungsmittel auf dem Schwarzen Markt sank von 1.220 im Dezember 1948 auf 620 im Dezember 1949; offizielle Preise im März 1938 = 100) und Ende 1949 nur noch Fleisch, Fett, Milch und Zucker bewirtschaftet waren, während Ende 1948 noch alle wichtigen Lebensmittel nur in relativ knappen Rationen zu offiziellen Preisen zugeteilt wurden. Außerdem sind die Preise vieler entbehrlicher Bedarfsgegenstände gesunken, die im

Lebenshaltungskostenindex entweder überhaupt nicht oder nur in unzureichenden Mengen enthalten sind, jedoch auch von Arbeiterfamilien, insbesondere mit kleinerer Familiengröße, stärker nachgefragt werden. Auf Grund des *Konsums der Gesamtbevölkerung*, der nach den verfügbaren Verbrauchsstatistiken im Jahre 1949 um etwa 10% höher gewesen sein dürfte als im Jahre 1948, erscheint vielmehr die Annahme gerechtfertigt, daß auch der Reallohn, wenn auch im einzelnen sehr verschieden, gestiegen ist. Dessenungeachtet ist jedoch das gegenwärtige Preis-Lohn-Verhältnis äußerst gespannt.

Als ein noch schwerer wiegender Mangel als die verschärfte Spannung zwischen Preisen und Löhnen muß die *Verschlechterung der Zahlungsbilanz* empfunden werden. Während es angesichts der hohen Auslandsabhängigkeit ratsam gewesen wäre, alle Kräfte auf eine möglichst rasche Steigerung des Exportes zu konzentrieren — und zwar zu einer Zeit, wo die günstige Konjunkturlage auf den Weltmärkten eine Ausfuhrsteigerung noch wesentlich erleichtert hätte —, bewirkten die hohe wirksame Nachfrage im Inland, das steigende Preis- und Lohnniveau sowie das umständliche und komplizierte Außenhandelsverfahren gerade das Gegenteil. Sofern der Unternehmer nicht dringend ausländische Rohstoffe brauchte, lohnte es sich für ihn kaum, das risikoreiche und durch administrative Hemmungen zusätzlich erschwerte Außenhandelsgeschäft zu betreiben, da der Inlandsmarkt — abgesehen von einigen Spezialprodukten — genügend aufnahmefähig war. Außerdem war das inländische Kostenniveau durch die Preis- und Lohnsteigerungen der letzten Jahre soweit überhöht, daß viele Exporteure, selbst bei individuell differenzierten Wechselkursen, nicht exportfähig waren. Dazu kam, daß auch die staatliche Investitionspolitik vorwiegend sozialpolitische und autarkistische Ziele verfolgte und es unterließ, die österreichische Wirtschaftsstruktur im Interesse einer Exportförderung zu planen. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Ausfuhr auf den Konjunkturrückschlag auf den Weltmärkten besonders empfindlich reagierte und seit Mai stagniert. Im dritten Quartal 1949 lag das Ausfuhrvolumen mit 65,9% von 1937 etwa auf der Höhe des letzten Quartals 1948 (65,2%), obwohl die Industrieproduktion im gleichen Zeitraum um rund 20% gestiegen ist. Da die Industrieproduktion bereits 120% von 1937 erreicht hat, beträgt die Ausfuhrquote der Industrie gegenwärtig nur etwa die Hälfte jener der Vorkriegszeit. Auch die sonstigen Zahlungsbilanzeingänge waren äußerst bescheiden. Im Ausländerfremdenverkehr wurden im Jahre 1949 rund

2 Millionen Übernachtungen gezählt, das sind zwar doppelt so viel wie im Jahre 1948, aber erst etwa 30% der Vorkriegszeit.

Aufgaben der Wirtschaftspolitik im Jahre 1950

Das näherrückende Ende des ERP sowie der unbefriedigende Stand der Ausfuhr drängen im Jahre 1950 zu einer gründlichen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Nicht auf eine „autonome“ und isolierende Struktur- und Konjunkturpolitik, sondern auf die Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit bei sozial erträglichem Lebensstandard müssen in Zukunft alle Kräfte konzentriert werden. Die Wechselkursanpassung von Mitte November 1949 bedeutete einen ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung. Sie muß jedoch durch „konforme“ Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungs-, Budget-, Preis-, Lohn-, Kredit-, Investitions- und Außenhandelspolitik ergänzt werden.

Die Schwergewichtsverlagerung zugunsten der Außenwirtschafts-Politik wird durch die bevorstehende Liberalisierung des innereuropäischen Handels noch unterstrichen. Österreich ist zwar als stark außenhandelsabhängiger Kleinstaat in hohem Maße an einer engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den übrigen europäischen Staaten interessiert, besitzt gegenwärtig jedoch erst teilweise die strukturellen und konjunkturellen Voraussetzungen für eine reibungslose Eingliederung seiner Wirtschaft in ein multilaterales internationales Handels- und Zahlungssystem. Da nach den Plänen der OEEC die Liberalisierung des europäischen Handels noch im Laufe des Jahres 1950 durchgesetzt werden soll, wird es besonderer Anstrengungen der Wirtschaftspolitik bedürfen, um ernste Umstellungsschwierigkeiten zu vermeiden.

Angesichts der neuen wirtschaftspolitischen Konstellation werden vor allem die bisherigen *währungspolitischen Grundsätze* modifiziert werden müssen. Während die Geldflüssigkeit bisher eine optimale Beschäftigung der verfügbaren Produktivkräfte sicherte und eine Neuadjustierung des Preis-Lohngefüges auf expansivem Wege gestattete, wird es in Zukunft die Hauptaufgabe der Währungspolitik sein, das Geldvolumen so knapp zu halten, daß ein stärkerer Exportzwang entsteht und der Außenwert des Schilling vor einem stärkeren Abgleiten bewahrt wird. Eine vorsichtige Geldpolitik erscheint auch deshalb geboten, weil jede stärkere Geldausweitung angesichts der mit zunehmender Kapazitätsausnützung zu erwartenden Verlangsamung des Produktionsaufschwunges unmittelbar preissteigernd wirken müßte.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine fortschreitende Währungsstabilisierung ist neben einer vorsichtigen Kreditpolitik der *Ausgleich des Staatshaushaltes*. Da die Kursanpassung die Staatsausgaben erhöhte — vor allem in einigen staatlichen Betrieben ist mit beträchtlichen Defiziten zu rechnen — und die Einnahmen infolge Ermäßigung der überhöhten direkten Steuern wahrscheinlich zurückgehen werden, begegnet schon der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes im Jahre 1950 erheblichen Schwierigkeiten (vorläufig besteht ein ungedecktes Defizit von annähernd 1 Mrd. S). Dazu kommt jedoch, daß in Hinkunft ein wachsender Teil der bisher ausschließlich aus ERP-Mitteln finanzierten Investitionen des außerordentlichen Haushaltes aus laufenden Einnahmen gedeckt werden muß, da der ERP-Fonds vorwiegend für unmittelbar exportfördernde Investitionen verwendet werden soll. Eine beträchtliche Ausgabenkürzung — u. a. durch eine wirksame Verwaltungsreform, durch Einsparungen in der Sozialversicherung, vor allem auch durch Erstreckung der geplanten Investitionen über einen längeren Zeitraum — erscheint daher unvermeidlich.

Auf dem Gebiete der *Investitionspolitik* müssen jene Investitionen besonders gefördert werden, die die Zahlungsbilanz entlasten. Während man bisher den ERP-Fonds teils für nicht unmittelbar produktive Zwecke (Subventionen, Wohnungsbau) und teils für Investitionen in der Energiewirtschaft, in den Ausgangsindustrien sowie im Verkehr verwendet hatte, wird in Hinkunft jenen Investitionen der Vorrang einzuräumen sein, die entweder die sichtbaren oder unsichtbaren Exporte steigern (z. B. Fremdenverkehr, typische Exportindustrien) oder aber Importe, vor allem aus den Dollargebieten, kurzfristig ersparen (z. B. Landwirtschaft, einige Zweige der chemischen Industrie). Außerdem werden zur Überwindung von Anpassungsschwierigkeiten finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Soweit größere Investitionsvorhaben in nicht exportorientierten Zweigen bereits begonnen wurden, wird abzuwägen sein, in welchem Ausmaß ihre Weiterführung mit der allgemeinen Kapitalknappheit vereinbart werden kann. Im übrigen wird die bisher häufig zu Autarkietendenzen neigende Investitionspolitik auf die bevorstehende Liberalisierung des innereuropäischen Handels Rücksicht zu nehmen haben und nur jene Wirtschaftszweige fördern dürfen, die auch ohne übermäßigen Zollschutz und ohne Einfuhrverbote lebensfähig sind.

Die *Außenhandelspolitik* ist weitgehend durch die Liberalisierungsbestrebungen der OEEC in

Paris vorgezeichnet. Wenn es dieser programmgemäß gelingt, bis Ende 1950 die Handelschranken im innereuropäischen Verkehr abzubauen und die Konvertibilität der europäischen Währungen durch eine internationale Clearingstelle zu sichern, werden im österreichischen Außenhandel stärkere, die gesamte Wirtschaftsstruktur nachhaltig beeinflussende Umschichtungen unvermeidlich sein. Während einerseits der Export hauptsächlich durch die Freigabe minder wichtiger Waren einen stärkeren Auftrieb erfahren wird, werden andererseits viele Waren importiert werden, die bisher als weniger dringlich oder aber zum Schutze der heimischen Produktion von der Einfuhr ausgeschlossen wurden. Die Liberalisierung des österreichischen Außenhandels setzt allerdings voraus, daß durch eine entsprechende Wechselkurs- und Währungspolitik die Devisenlage so gefestigt wird, daß die Devisenbewirtschaftung für den laufenden Handelsverkehr aufgehoben werden kann. Außerdem wird, zumindest vorübergehend und zum Schutz einiger im Aufbau begriffener Zweige, eine Erhöhung der gegenwärtig nur einen Bruchteil der Vorkriegszeit betragenden Importzölle notwendig werden. Im Handelsverkehr mit dem Südosten, dem gerade für Österreich im Zusammenhang mit der notwendigen Verlagerung wichtiger Lebensmittelimporte aus dem Dollargebiet besondere Bedeutung zukommt, müssen die bisherigen Handelsvertragsformen weiter ausgebaut werden.

Für die Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist schließlich eine weitere *Steigerung der Produktivität*. Es müssen daher nicht nur die Bemühungen um eine höhere technische Effizienz (im Rahmen der „Technical Assistance“) verstärkt werden, sondern auch Maßnahmen zur Steigerung der *volkswirtschaftlichen* Produktivität getroffen werden. Die Ermäßigung der produktivitätshemmenden direkten Steuern, die mit der Vereinheitlichung der Wechselkurse eingeleitete Korrektur der Konkurrenzverhältnisse, die Vergrößerung der volkswirtschaftlichen Investitionsrate durch Aufhebung der Importsubventionen sowie die mit der Liberalisierung des innereuropäischen Handels zu erwartende größere internationale Arbeitsteilung werden zweifellos die Produktivität günstig beeinflussen. Außerdem ist u. a. eine Abkehr von der Nivellierungstendenz in der Lohnpolitik und ein zielbewußter Übergang zu Leistungslöhnen, die Bekämpfung restriktiver Kartellabreden sowie eine Revision der gewerberechtlichen Vorschriften zu erwägen.